

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 15. Oktober 2019**

Am 15. Oktober fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die EU Erweiterung sowie die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 17./18. Oktober 2019.

### **Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess – Albanien und Republik Nordmazedonien**

Der finnische Vorsitz präsentierte einen Vorschlag für Ratsschlussfolgerungen, welcher die sofortige Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und der Republik Nordmazedonien vorsieht. Ich unterstrich, dass die Eröffnung der Beitrittsgespräche bereits zwei Mal verschoben wurden; Nordmazedonien und Albanien haben die für den Beginn von Beitrittsverhandlungen notwendigen Reformen durchgeführt. Die Region habe sich überdies in den letzten Jahren als verlässlicher Partner in Migrationsfragen erwiesen. Es liege nun an der EU ihre Zusagen einhalten. Ich erinnerte, dass die Entscheidung der EU von anderen Akteuren sehr genau beobachtet werde; eine negative Entscheidung der EU hätte Folgen für den Einfluss der EU in der Region. Abschließend betonte ich, dass die Stabilität der Region im sicherheitspolitischen Interesse der umliegenden EU Mitgliedsstaaten und somit der gesamten EU liege.

Obwohl eine Eröffnung der Gespräche von einer großen Mehrheit der Mitgliedsstaaten unterstützt wird, konnte keine Einigung erzielt werden. In seinen eigenen Schlussfolgerungen („Presidency Conclusions“) legte der Vorsitz fest, dass das Thema durch den Rat wieder nach dem Europäischen Rat am 17./18. Oktober – der sich ebenfalls mit der Frage auseinandersetzt - behandelt werden soll.

## Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 17./18. Oktober 2019

Der finnische Vorsitz präsentierte den Entwurf für Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (ER) am 17./18. Oktober. Folgende Kapitel sind umfasst: I. Mehrjähriger Finanzrahmen; II. Der nächste institutionelle Zyklus; III. Klimawandel; IV. Sonstiges.

Die Diskussionen zum Mehrjährigen Finanzrahmen fanden auf Grundlage einer vom Vorsitz erstellten Unterlage statt, die der Vorsitz zu Beginn erläuterte. Ich machte deutlich, dass Österreich für ein maximales Volumen von 1 % BNE eintrete und daher die vorgeschlagene Untergrenze der Bandbreite von 1,03% BNE zu hoch angesetzt sei. Darüber hinaus betonte ich, dass für Österreich ein dauerhafter und deutlicher Rabatt sowie die Stabilisierung der Mittel für ländliche Entwicklung besonders wichtig seien. Ich betonte, dass auch bei 1% BNE aufgrund des Wirtschaftswachstum mehr Geld zu Verfügung stehe; diese zusätzlichen Mittel sollten für die neuen Prioritäten eingesetzt werden, während zugleich die Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik und für die Kohäsion auf dem Niveau des laufenden MFR in laufenden Preisen stabilisiert werden sollten. Zustimmend äußerte ich mich für den Ansatz zur Gemeinsamen Agrarpolitik, Umschichtungen zugunsten der Ländlichen Entwicklung vorzunehmen. Ebenso konnte ich die Begrenzung der von der Kommission vorgeschlagenen Mittelaufstockungen für neue und verstärkte Politikbereiche sowie die Plastik Eigenmittelkategorie unterstützen. Positiv äußerte ich mich zum Aspekt der Rechtsstaatlichkeit sowie zu einer Klimaausgabenquote von mindestens 25%. Ich betonte, dass für Österreich auch substantielle Reformen und Einsparungen im Bereich Verwaltung wesentlich seien.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. November 2019

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M  
Bundesminister